

Europas engster Verbündeter schläft mit dem größten Feind

Europas engster Verbündeter steht in einem überraschenden Konflikt mit seinem größten Feind. Was passiert jetzt? Analysten erörtern die drängenden Fragen zur US-Politik und Europas Zukunft.

London – Europas Führungspersonlichkeiten und Offizielle sind in der vergangenen Woche von einem plötzlichen Rückgang der amerikanischen Unterstützung für die Ukraine überrascht worden. Viele fragen sich, warum der US-Präsident Donald Trump sich so vehement gegen den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskyj gewandt hat und die aggressiven Falschnachrichten verbreitet, die üblicherweise aus dem Kreml zu hören sind.

Ungewisse Zukunft für die Ukraine

Die europäischen Führungskräfte waren nicht an den Russland-USA-Gesprächen in dieser Woche beteiligt. Sie sind sich nicht sicher, wann die USA einen **Friedensvorschlag an Kiew unterbreiten** werden oder ob sie tatsächlich ihre Drohung wahrmachen, sich aus dem Konflikt zurückzuziehen. Was als Nächstes passieren wird, bleibt ungewiss.

„Die Art und Weise, wie dies übermittelt wurde – Schlag auf Schlag in wenigen Tagen – war ein echter Schock für den Kontinent“, so Armida van Rij, eine erfahrene Forschungstipendiatin und Leiterin des Europa-Programms im Londoner Think Tank Chatham House.

Politiker im Trauerprozess

Europäische Politiker arbeiten durch ihre Trauer. Ein **dringendes Gipfeltreffen in Paris** inspirierte eine Reihe von hawkishen neuen Ideen, um die Konturen einer unsicheren neuen Realität zu skizzieren.

Doch die wichtigsten Hauptstädte scheinen mit ihren Zielen orientierungslos. Vorschläge für eine Friedenstruppe, erhöhte Verteidigungsausgaben und neue militärische Hilfen wurden vorgestellt, aber nie im Einklang. Europas zersplitterte Absichten bildeten eine der beiden Seiten eines beeindruckenden Split-Screens in dieser Woche; auf der anderen Seite standen die USA und Russland, die plötzlich miteinander harmonieren und **ukrainische Forderungen und Territorien** vom Verhandlungstisch wischten.

Die Notwendigkeit eines Führungswechsels

Ein neuer Führer könnte helfen, sagen einige Experten: Eine Figur, die Europa hinter einer universellen Absicht sammeln kann und eine Brücke zwischen Kiew und Washington baut. Die auffälligsten Kandidaten sind Großbritanniens Keir Starmer und Frankreichs Emmanuel Macron, die beide nächste Woche Washington besuchen werden – Reisen, die eine entscheidende Bedeutung erlangt haben.

Doch Europa ist nicht bekannt für seine Einheit in der Verteidigung, und jeder wichtige Führer hat zu Hause wahltechnische oder wirtschaftliche Herausforderungen. Dazu kommt die heikle Frage, wann und wie stark gegen Trump vorgegangen werden soll; die Regierungen wissen, dass eine Zerrüttung dieser Beziehung Moskaus Handspiel stärken könnte.

Spannungen im europäischen Verteidigungsansatz

Europa hatte erwartet, dass Trump weniger Interesse an dem Kampf der Ukraine um Souveränität zeigen würde als die vorherige Biden-Administration, war aber nicht auf eine so plötzliche, eindeutige und bittere Trennung vorbereitet.

Der Anblick eines amtierenden US-Präsidenten, der die Invasion eines Widersachers seinem belagerten Verbündeten zuschreibt, war erschütternd und rief einheitliche Verurteilungen von europäischen Führern hervor. Auf emotionaler und praktischer Ebene hat Europa eine Schockstarre erlitten.

Doch dies hätte nicht überraschend sein sollen. Monatelang hatten Trump und sein engster Kreis spekuliert und sich zurückgehalten, was den Beginn und das hypothetische Ende des Krieges in der Ukraine betrifft und ein Desinteresse an Kiews Souveränität signalisiert, das auf eine bevorstehende drastische Richtungsänderung in der Politik hindeutete.

Die Notwendigkeit eines europäischen Plans

Von dem Moment an, als Trump gewählt wurde, hätten sich die europäischen Regierungschefs versammeln sollen, um zu klären, wie der europäische Plan aussehen könnte. Doch dies geschah nicht, und echte Dringlichkeit entstand erst jetzt.

Es existieren zwei Zukunftsszenarien: eines mit einem Friedensvertrag und eines ohne. Beide werden voraussichtlich europäische Führung erfordern; Trumps Administration hat klar gemacht, dass ihre Prioritäten im Indo-Pazifik und an eigenen Grenzen liegen.

Der britische Premierminister Starmer hat nun den ersten bedeutenden Schritt unternommen, um die europäischen Regierungen hinter einem gemeinsamen Ziel zu versammeln, indem er diese Woche eine deutliche Veränderung in der Politik ankündigte: Großbritannien wäre bereit, Truppen vor Ort zu stationieren, um einen vereinbarten Frieden in der Ukraine zu

sichern.

Westliche Beamte erklärten am Mittwoch, dass eine solche Streitmacht wahrscheinlich weniger als 30.000 Soldaten umfassen würde und sich auf „Sicherheit“ konzentrieren sowie kritische ukrainische Infrastrukturen schützen und Vertrauen in den Staat aufbauen würde.

Herausforderungen vor der Truppe

Es ist jedoch unklar, was passieren würde, wenn NATO-Soldaten auf ukrainischem nicht-NATO-Boden von Russen angegriffen werden. Starmer, der eine **abgespeckte Armee** leitet, die seit den Kriegen in Irak und Afghanistan verkleinert wurde, benötigt auch die Zustimmung Europas. „Die britische Armee leidet unter den kumulativen Auswirkungen von 40 Jahren Rückgang“, so Drummond.

Ein Mitglied des britischen Parlaments, das die Regierung gedrängt hat, über die geplante Erhöhung der Militärausgaben hinauszugehen, die bei 2,3 % des BIP liegt, aber in den kommenden Jahren auf 2,5 % steigen soll, sagte: „Mein Eindruck ist, dass wir damit umgehen können, aber wir brauchen dringend Investitionen, um für das moderne Schlachtfeld gewappnet zu sein.“

Konflikte in der Verteidigungspolitik

Die Idee, Soldaten vor Ort zu stationieren, ist nicht überall beliebt. Polen, das die größte NATO-Armee in Europa hat und eine bedeutende Rolle in der Ukraine spielt, ist zurückhaltend und befürchtet, dass dies die eigenen Grenzen anfälliger machen könnte.

Falls sich eine informelle, kleinere europäische Führungsgruppe bilden sollte, wird der polnische Premierminister Donald Tusk voraussichtlich erwartet, dabeizusein. Er könnte unbequeme Wahrheiten über die Verteidigungsausgaben an größere

Nationen wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland herantragen.

Bestrafung der deutschen Verteidigungsausgaben

Deutschland wird ein besonders harsches Urteil erwartet. Eine unglücklich zeitlich angesetzte Wahl am Sonntag könnte wochenlange Verhandlungen über die nächste Regierung nach sich ziehen. Der voraussichtlich kommende Kanzler Friedrich Merz nutzte die Münchner Sicherheitskonferenz der vergangenen Woche, um eine hawkish Position zur Ukraine darzulegen.

Deutsche Militärausgaben liegen jedoch bei nur 1,5%; Merz erklärt, dass diese erhöht werden müssen, hat aber **feste Zusagen vermieden**. Der Krieg Russlands hat bereits die Stimme Deutschlands in Europa in Verteidigungsfragen geschwächt – Berlin hat jahrzehntelang engere wirtschaftliche Beziehungen zu Moskau entwickelt, trotz Polens Proteste – und Merz wird Schwierigkeiten haben, diese zurückzuerobern.

Dringlichkeit eines europäischen Engagements

Unabhängig von den internen Herausforderungen bleibt die Möglichkeit bestehen, dass ein Friedensvertrag, der von den USA und Russland vereinbart wird, von Selenskyj abgelehnt wird oder dass Putin keine Friedenswächter akzeptiert. In einem solchen Fall wäre die Unterstützung Europas unerlässlich, wenn die Ukraine ihren schwierigen Krieg ohne festgelegtes Enddatum fortsetzen soll.

Das bedeutet mehr als nur Worte; Europa muss auch eine Lücke bei der militärischen Unterstützung schließen.

Westliche Beamte sagten diese Woche, dass Kiew

wahrscheinlich genug militärische Ausrüstung erhalten hat, um bis zum Sommer auszukommen. „Biden hat vor der Amtsübernahme viel Material geschickt. Es geht immer noch Material hinein“, sagte ein Beamter. Aber der Verlust amerikanischer Beiträge wäre ein schwerer Schlag: Der Offizielle erklärte, es gebe einen „Unterschied in der Qualität“ zwischen den amerikanischen Lieferungen und denen Europas.

Das Sortieren der Einzelteile nach der Zerschlagung einer jahrzehntelangen Sicherheitsbeziehung zu Amerika wäre eine schmerzhaft und komplizierte Aufgabe. Doch Europa hat in dieser Woche erkannt, dass es möglicherweise notwendig ist.

„Die USA ziehen sich von 70 Jahren Zusammenarbeit zurück“, sagte ein weiterer britischer Gesetzgeber diese Woche zu CNN. „Es bleibt ein wichtiger Pfeiler der NATO, und ich hoffe, dass dies auch langfristig so bleibt; aber es muss sich seiner Gegner und Verbündeten klar sein.“

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at